

## **Die Rechtschreibreform auf der Kippe**

# **Eine Totalrevision ist nicht geplant**

## **Die Rechtschreibreform vor dem Ende der Übergangszeit**

Diese Woche will die deutsche Kultusministerkonferenz über die Zukunft der Rechtschreibreform entscheiden. Die Beschlußvorlage empfiehlt, die mehrfach modifizierte Neuregelung abzusegnen. Die Reformkommission allerdings soll umgebaut werden.

Es ist der letzte Termin vor dem Ende der Übergangszeit, und alles spricht dafür, daß die deutsche Kultusministerkonferenz (KMK) den vierten und letzten Bericht der Reformkommission verabschiedet und damit festlegt, in welcher Gestalt die Reform ab dem 1. August 2005 für Schüler und Beamte verbindlich wird. Hoffnungen von Kritikern, das Reformpaket könnte für wesentliche Korrekturen doch noch aufgeschnürt werden, scheinen vergeblich.

Dabei sind einzelne Minister der orthographischen Vernunft durchaus zugänglich. Zu mächtig aber sind Einflüsterungen von Seiten der Ministerialbürokratie, wonach die Reform endlich festgezurrert werden müsse, da den Schulen und Verlagen eine «neuerliche Verunsicherung» und fortgesetztes Warten nicht zumutbar seien. Auch die Reformkommission rechnet mit grundsätzlicher Zustimmung zu ihrem Bericht, und dies umso mehr, als sie sich im nachhinein einige Einwände der reformkritischen Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung zu eigen gemacht hat. Liegt damit die Rechtschreibreform nicht in einer hinreichend nachgebesserten Fassung vor?

### **Deutsche Zustände**

Tatsächlich zollt der vierte Bericht den Reformgegnern Tribut, indem er viele alte Schreibungen wieder zuläßt. Er setzt aber auch neue Ungereimtheiten in die Welt. Die Gespräche zwischen Vertretern der Reformkommission und der Deutschen Akademie, in denen diese beiden Opponenten mögliche Gemeinsamkeiten ausloten und Verbesserungen am Reformwerk erarbeiten sollten, sind gescheitert, man ging wütend auseinander. Der schwarze Peter liegt bei den Reformern, die sich weigerten, eine von der Akademie vorgelegte Neufassung des heiß umkämpften Paragraphen zur Getrennt- und Zusammenschreibung ernsthaft zu diskutieren. Die Minister, die zu den Gesprächen eingeladen hatten, sind über das Scheitern gar nicht glücklich.

Die Politik, die deutsche zumal, steckt in einer peinlichen Lage. An Fragen der Rechtschreibung im Grunde desinteressiert, versteht sie nicht, warum die Diskussion darüber nicht zur Ruhe kommt. Könnten die deutschen Kultusminister die Rechtschreibreform ungeschehen machen, sie würden es tun, darauf kann man wetten. Ihr von interessierten Wissenschaftlern geschürter Glaube an Sinn und Notwendigkeit des Unternehmens ist dahin. Stichhaltige Erfolgsbilanzen gibt es nicht, nur strittige Expertisen, Resignation und zornige Gegner. In Österreich herrschen weitgehend Indifferenz und Ruhe, in der Schweiz ist hie und da ein obstinates Grummeln vernehmlich. Kein Vergleich mit Deutschland. Dort besitzt der Protest kampagnenartige Züge; Akademien, Professoren und namhafte Verbände wie der PEN erwachen gerade in jüngster Zeit zu frischer Opposition.

Einfach zurücknehmen aber möchte man das Reformwerk nicht. Weil die Bankrotterklärung dann umfassend wäre und Politiker dergleichen tunlichst vermeiden? Mag sein. Die deutsche Politik hat zwar begriffen, daß die Orthographie kein Thema für sie ist. Je länger der Streit

währt, desto mehr fühlt sie sich von der Materie überfordert. Anstatt jedoch ganz die Finger davon zu lassen, wünscht sie sich mehr Autorität für die Reform. Es war dieser Wunsch nach autoritativer Bestätigung, der die Kultusministerkonferenz auf die Idee verfallen ließ, die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung zur Mitarbeit einzuladen. Angeführt von dem Grammatiker Peter Eisenberg, hatten die Darmstädter Akademiker in der Vergangenheit einen eigenen Reformvorschlag erarbeitet und dabei signalisiert, daß sie konstruktive Kritik statt Fundamentalopposition leisten wollten - wohl wissend, daß man nur so, eine allzu schroffe Brückierung vermeidend, mit der hohen Politik im Gespräch bleibt.

Nun aber zeigt sich, daß politische Klugheit zwar strategisch weit führen mag, jedoch den orthographischen Zwist nicht aus der Welt schafft. Die Reformkommission wird beherrscht von didaktischen Auffassungen, die Akademie hingegen orientiert sich am Sprachbau. Die Kommission will einfache Schreibregeln für Schüler, Lehrer und Lektoren, und sie beharrt, wie ihr Vorsitzender Karl Blüml bekräftigt, auf einem «Normierungsanspruch». Daß Norm und Usus dabei in Widerspruch geraten können, nimmt sie in Kauf, weil es ihr auf den prinzipiellen Vorzug für Schreibende ankommt, dank einfacher Regeln nicht ständig im Wörterbuch nachschlagen zu müssen. Namentlich die Schüler sollen in dem beruhigenden Glauben handeln dürfen: Wer die Regeln beherrscht, schreibt richtig.

Für die Deutsche Akademie ist das eine allzu grobe Sicht der Dinge. Das didaktische Bedürfnis nach Schreibsicherheit akzeptiert sie, jedoch nicht um den Preis starrer und in der Folge falscher Regeln. Für das heikle, an der Orthographischen Konferenz von 1901 bewußt ausgesparte und jetzt erstmals amtlich geregelte Feld der Getrennt- und Zusammenschreibung macht sie Fälle geltend, die besser ungeregelt blieben. Ihre Beispiele leuchten auch den Reformern ein. Im gemeinsamen Gespräch erklärten die Vertreter der Kommission, die linguistischen Analysen der Akademie weitgehend zu teilen. Jedoch seien, wie der Schweizer Peter Gallmann betonte, Normen dazu da, die natürliche Varianz zu mindern, ein Eingriff in die Vielfalt der Schreibungen sei folglich unvermeidlich. Dem steht die Akademie mit der Forderung entgegen, das orthographische Regelwerk müsse den Usus nachzeichnen und wo dieser für Normierungen zu komplex sei, müsse dem Schreibenden Freiheit gewährt werden. Der Unterschied in der Herangehensweise der streitenden Parteien reicht tief, und bei näherem Hinsehen ist es mit dem linguistischen Konsens denn doch nicht so weit her.

### **Umbau der Reformkommission**

«Man hätte das Thema nicht den Schul-Leuten überlassen dürfen; da liegt für mich die Crux der Reform», sagt einer aus dem engeren Kreis der KMK, der Gelegenheit zu intimen Einblicken hatte. Mit der Überzahl an Didaktikern in der Rechtschreibkommission dürfte es allerdings bald vorbei sein. Auch die von den Reformern angestrebte Erweiterung der Befugnisse ist vom Tisch. Selbst für kleine Änderungen am Reformwerk wird man weiterhin den Segen der Politik einholen müssen. Dafür aber soll sich der Zeitraum verlängern, in welchem regelmäßig Berichte über die Entwicklung der Rechtschreibung vorzulegen sind: von jetzt zwei auf demnächst fünf Jahre. So geht es aus der Beschlußvorlage für die Plenarsitzung der KMK hervor. Dort findet sich zudem der Vorschlag, die bisherige Reformkommission durch einen «Rat für deutsche Rechtschreibung» zu ersetzen. In diesem Rat könnten dann endlich auch Schriftsteller, Lehrer, Journalisten und Verleger zum Zuge kommen. Eine Mischung aus linguistischer und nicht-fachwissenschaftlicher, praxisnaher Kompetenz gilt als ideal. Vielleicht ist die deutsche Orthographie ja doch noch zu retten.

Joachim Güntner

Artikel erschienen in Neue Zürcher Zeitung online am 2. Juni 2004